



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 1. MAI 2024

Ungarischer Europa- und Kommunalwahlkampf geht in heiße Phase

Im April begann die heiße Phase des Wahlkampfs in Ungarn. Wie wir bereits in einer früheren Ausgabe des Monatsbriefs berichteten, werden am 9. Juni 2024 neben den Europawahlen auch die ungarischen Kommunalwahlen stattfinden. Das Augenmerk liegt dabei auf dem Amt des Oberbürgermeisters von Budapest. Ein umfassendes Porträt der Kandidaten finden Sie in der [Ausgabe vom 3. April 2024](#).

Wahlkampfauftakt in Budapest

Alle drei Bewerber auf das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest eröffneten im letzten Monat offiziell ihren Wahlkampf. Der amtierende Oberbürgermeister Gergely Karácsony, unterstützt von der DK, Párbeszéd sowie der MSZP, warb für eine Fortsetzung seiner Politik sowie für „freie Städte und ein europäisches Ungarn“. Die Kommunalwahlen seien dafür von zentraler Bedeutung, denn die Städte und Gemeinden in Händen der Opposition dienten als „Brückenköpfe“ zur Rückeroberung des Landes. Budapest, so Karácsony, könne nur prosperieren, wenn es frei bliebe. Karácsony gilt weiterhin als Favorit im Rennen um das Amt des Oberbürgermeisters und steht in Umfragen zurzeit bei knapp 40 Prozent.

Alexandra Szentkirályi, die Spitzenkandidatin der Regierungsparteien und vormalige Regierungssprecherin, wiederum kündigte an, Budapest aus der „Gefangenschaft von Ferenc Gyurcsány“ befreien zu wollen und bezeichnete den amtierenden Oberbürgermeister Karácsony als „emsigen Diener in der Villa“ des DK-Chefs. Die Partei des in Ungarn höchst umstrittenen Ex-Ministerpräsidenten ist bei weitem die stärkste unter den etablierten Oppositionsparteien und unterstützt die Kandidatur von Karácsony, dessen eigene Partei Párbeszéd in den Umfragen zurzeit bei 1-2 Prozentpunkten liegt. Szentkirályi warb damit, die Korruption im Rathaus zurückzudrängen und die überhandnehmende Bürokratie sowie das Verkehrschaos in der Stadt beseitigen zu wollen. Dabei warb sie für einen konservativen Politikstil in der Hauptstadt, nahm die Amtszeit des letzten konservativen, jedoch parteilosen Oberbürgermeisters István Tarlós als Beispiel und kündigte an, für Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt sorgen zu wollen sowie den ÖPNV auszubauen. Die Kandidatin der Fidesz-KDNP steht in Umfragen mit Werten von 15-17 Prozent auf dem dritten Platz.

Der parteilose Dávid Vitézy positionierte sich als dritte Option und bot den Wählern einen Ausweg aus dem Lagerwahlkampf zwischen Oppositions- und Regierungsparteien. Vitézy kündigte an, den parteipolitischen Grabenkämpfen ein Ende setzen zu wollen und warb für eine Politik der echten Problembewältigung. Das Ausbleiben der in seinen Augen dringend benötigten Großinvestitionen führte er auf das „sinnlose Ringen“ zwischen Regierung und Opposition zurück – mit einem die Entwicklungsgelder blockierenden Minister János Lázár in der einen und einem sich in der Opferrolle gefallenden Gergely Karácsony in der anderen Ecke. Der frühere Verkehrsstaatssekretär Vitézy gilt als aussichtsreichster Herausforderer des amtierenden Oberbürgermeisters Karácsony und wird von der grünen LMP unterstützt. Auch

der Spitzenkandidat der ehemals rechtsextremen Jobbik Koloman Brenner trat zu Gunsten des parteilosen Vitézy zurück. Vitézy gilt als erfolgversprechendster Herausforderer des amtierenden Oberbürgermeisters und seine steigenden Umfragewerte kratzen bereits an der 25-Prozent-Marke – noch im Herbst stand er bei knapp zehn Prozentpunkten.

Europawahlkampf läuft an

Im letzten Monat trat auch der Europawahlkampf in seine heiße Phase ein. Zu den Europawahlen treten zwei Listenverbindungen – bestehend aus den Regierungsparteien Fidesz-KDNP sowie dem Linksbündnis aus DK, MSZP und Párbeszéd – sowie mehrere Einzelparteien an. Zu den relevantesten unter diesen zählen Momentum und die neugegründete Tisza-Partei.

Fidesz-KDNP: Ministerpräsident Viktor Orbán schwor die Wähler der Regierungsparteien Fidesz-KDNP am 19. April 2024 im Budapester Millenáris-Park auf die anstehenden Wahlen ein. Er warnte vor einer zunehmenden Involvierung Europas in den Ukrainekrieg und versprach, dass seine Regierung alles tun werde, um Ungarn und Europa aus diesem Krieg herauszuhalten – sowohl in Budapest als auch in Brüssel. Zudem betonte er die wirtschaftlichen Erfolge der Regierungsparteien seit 2010: So sei die Armut im Land halbiert und die Wirtschaftsleistung verdoppelt worden sowie das Vermögen der ungarischen Haushalte von 1.000 Mrd. auf 5.500 Mrd. Forint angestiegen. Auch die Förderung sozial schwacher Bevölkerungsgruppen sowie strukturschwacher Regionen des Landes durch Investitionen und Förderprogramme hätten ein besonderes Augenmerk der Konservativen dargestellt. Ein Erfolg dieser Politik sei, dass sich die Beschäftigungsquote der Roma verdoppelt habe – mit einem positiven Effekt auf die soziale Integration und die Armutsquote der Volksgruppe. Abschließend betonte Orbán, dass die Ungarn heute besser leben würden als unter den Sozialisten um Gyurcsány, aber natürlich noch nicht so gut, wie man es gerne möchte. Fidesz-KDNP geht mit starken Umfrageergebnissen im Rücken ins Rennen. Die letzte „Sonntagsfrage“ des ungarischen Meinungsforschungsinstituts Medián, erhoben vom 26. bis 29. April, sieht Fidesz-KDNP bei 45-46 Prozent.

Linksbündnis: Das Linksbündnis aus DK, MSZP und Párbeszéd bewertet die Situation im Land naturgemäß weniger positiv als die amtierenden Regierungsparteien und bemängelte, dass sich die Lage im Land auf vielen Gebieten, angefangen vom Gesundheitswesen über die Bildung bis hin zur Inflation und Korruption verschlechtert habe. Auch die Reallöhne seien in Folge der hohen Inflation und als direktes Resultat der schlechten Regierungspolitik gesunken, welche ihre Verfehlungen jedoch mit dem Ukrainekrieg und den Russlandsanktionen zu entschuldigen versuche. Die Spitzenkandidatin der DK, Klára Dobrev, kündigte an, Neuwahlen zu fordern, sollte die amtierende Regierung bei den Europawahlen die absolute Mehrheit verfehlen. Die Ehefrau des DK-Chefs Gyurcsány kündigte zudem an, nicht ruhen zu wollen, bis sie die Regierung aus dem Amt gejagt hätte. Die Aussichten des Linksbündnisses sind jedoch durch den Aufstieg einer neuen politischen Partei, der Tisza-Partei, stark eingetrübt worden. In aktuellen Umfragen rangiert das Dreierbündnis nur noch um die zehn Prozent.

Tisza-Partei: Auch die neue Partei von Péter Magyar kündigte an, bei den Europawahlen anzutreten, jedoch nicht bei den Kommunalwahlen. Péter Magyar selbst werde zudem laut der am 30. April veröffentlichten Kandidatenliste als Spitzenkandidat fungieren. Gleichzeitig gab er jedoch bekannt, dass er im Falle seiner Wahl nicht gedenke, nach Brüssel zu ziehen und

das Amt anzutreten. Experten halten diese Aussage jedoch für fraglich, insbesondere da der Partei- und Fraktionsvorsitzende der EVP, Manfred Weber, auf dem vergangenen CSU-Parteitag im April verlauten ließ, dass die Tisza-Partei um eine mögliche Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion bemüht sei, was eine angedachte enge Zusammenarbeit mit Magyar in Brüssel nahelegen würde. Innerhalb Ungarns wird die konservative Tisza-Partei als der aufsteigende Stern der ungarischen Parteienlandschaft wahrgenommen, ist jedoch auch noch sehr jung und im Aufbau begriffen. Im Moment bleibt es noch fraglich, wie sich die Partei personell oder programmatisch entwickeln wird und ob die anfänglich flächendeckende Begeisterung und Unterstützung nachhaltig sein wird. Die Zukunft der Partei ist vor allem deshalb nicht prognostizierbar, da die Möglichkeit besteht, dass sich der „Márki-Zay-Effekt“ der letzten Parlamentswahlen wiederholen könnte. Auch dem damaligen Spitzenkandidaten der Opposition gelang es nicht, seine initiale Popularität langfristig aufrechtzuerhalten. Die Partei von Péter Magyar steht aktuell in den landesweiten Umfragen mit 22-24 Prozent auf dem zweiten Platz und bei den Europawahlen mit 11-14 Prozent auf Platz drei. Eine Umfrage des ungarischen Meinungsforschungsinstituts Závecz Research, erhoben vom 4. bis 11. April, untersuchte die Zusammensetzung der potenziellen Wähler der EP-Liste von Tisza. Das Ergebnis zeigt, dass sich die potenzielle Wählerschaft der Tisza zu 29 Prozent aus vormals parteilosen oder Nichtwählern rekrutiert und zu 17 Prozent aus ehemaligen Wählern von Momentum, zu 13 Prozent aus Wählern der Satirepartei MKKP sowie zu 39 Prozent aus den bisherigen Wählern anderer Parteien zusammensetzt. Der Anteil der „abgeworbenen“ Fidesz-Wähler beträgt lediglich zwei Prozent. Es wird ersichtlich, dass die große Unterstützung der neugegründeten Tisza-Partei sich in erster Linie also aus frustrierten und desillusionierten Oppositionswählern speist und nicht aus den Wählern der Regierungsparteien. Die neue Bewegung scheint somit eine größere Gefahr für die Oppositionsparteien selbst als für die Regierung darzustellen. Es bleibt die erste Feuertaufer der neuen Partei an den Wahlurnen am 9. Juni abzuwarten.

Momentum: Auch die liberale und pro-europäische Momentum startete in den Europawahlkampf und warb mit dem Motto „Freiheit, Zukunft, Europa“ für ein europäisches Ungarn. Man wolle die eigene Position als „einflussreichste ungarische Partei im Europäischen Parlament“ bewahren, weil man nur aus Brüssel heraus den Kampf mit der ungarischen Regierung aufnehmen könne. Als gewichtige Punkte des Europaprogramms führte Donáth die Senkung der europäischen Zugticketpreise sowie die Abschaffung der Roaming-Gebühren an. Doch auch Momentum kämpft, wie auch das Linksbündnis, mit den durch den Aufstieg der Tisza-Partei verursachten Herausforderungen und genießt im Kreise der entschlossenen Wähler zurzeit eine Unterstützung von lediglich 4-5 Prozent. Der Anteil bei den Europawahlen dürfte dennoch höher ausfallen, da Momentum als „Europapartei“ über ein höheres Mobilisierungspotenzial für die Europawahlen verfügt als andere Parteien. Abzuwarten bleibt jedoch, inwieweit sich die Zusammenlegung der Kommunal- und Europawahlen auf die Mobilisierungsfähigkeit der Mitbewerber auswirkt.

Deutsch-Ungarische bilaterale Spitzentreffen

Ministerpräsident Orbán trifft Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán empfing am Dienstag, den 16. April, den sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten Reiner Haseloff in seiner Residenz im

Karmeliterkloster in Budapest. Themen des Fachgesprächs waren die illegale Migration, die Kriege in der Ukraine und Gaza sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Bildung. Orbán verkündete im Rahmen des Treffens, dass er das „Engagement des Landesministerpräsidenten für die Entwicklung der deutsch-ungarischen bilateralen Beziehungen, seine aufrichtige Partnerschaft und seine nüchterne Haltung in politischen und ideologischen Debatten“ sehr zu schätzen wisse. Ferner ergänzte er über die Migrationspolitik: „Unsere Gesprächspartner erkennen nun auch an, dass die Zeit der ungarischen Position Recht gegeben hat, zum Beispiel im Kampf gegen die illegale Migration.“ Deutschland sei nach wie vor ein elementar wichtiger Verbündeter sowie wirtschaftlicher und strategischer Partner Ungarns. Deshalb gelte es, sich auf die zukunftsweisenden Elemente der gemeinsamen Zusammenarbeit zu konzentrieren, wie Verteidigungspolitik, Handel, Innovation und internationale Entwicklung, auch wenn die ungarische und die deutsche Regierung in bestimmten politischen Fragen unterschiedliche Positionen vertreten.



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (r.) begrüßt den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Reiner Haseloff (l.) vor dem Karmeliterkloster in Budapest.

Quelle: MTI/Presseamt des Ministerpräsidenten/Zoltán Fischer

Im offiziellen Besuchsprogramm des sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten war das Treffen noch nicht vorgesehen gewesen. Eine kurzfristige Einladung seitens Orbáns nahm Haseloff allerdings dennoch an. Mit Blick auf Ungarns anstehende EU-Ratspräsidentschaft habe das Auswärtige Amt zu dem Treffen geraten, so Sachsen-Anhalts Regierungssprecher Matthias Schuppe. Ferner sei Deutschland mit Abstand Ungarns größter Außenhandelspartner. 24 Prozent aller ungarischen Exporte, 27 Prozent aller Importe gehen nach bzw. kommen aus Deutschland. Sachsen-Anhalts Wirtschaft lieferte im letzten Jahr Güter im Wert von knapp einer halben Milliarde Euro nach Ungarn. Im weiteren Verlaufe seines Programms traf Haseloff darüber hinaus den ungarischen Staatspräsidenten Tamás Sulyok, Wirtschaftsminister Márton Nagy sowie Vertreter der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DUIHK), verschiedener NGOs sowie Wirtschaftsexperten.

Wirtschaftsminister Márton Nagy bei Robert Habeck in Berlin: Zukunft der Automobilindustrie und Elektromobilität

Ein weiterer hochrangiger Besuch führte in diesem Monat auch die ungarische Seite nach Deutschland. In Berlin trafen sich die Wirtschaftsminister beider Länder, Márton Nagy und Robert Habeck, zu Verhandlungen über die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie. Die ungarische Delegation wollte sich ferner ein Bild von der Lage der deutschen Wirtschaft und ihren Aussichten im Allgemeinen machen. Immerhin belief sich der Anteil Deutschlands an den Auslandsinvestitionen (FDI) auf stolze 18,6 Prozent (in absoluten Zahlen: 18,7 Mrd. Euro). Beide Gesprächspartner waren sich einig, dass das allgemeine Verbrenner-Verbot der EU für 2035 im Jahr 2026 einer Überprüfung unterzogen werden solle. Neben dem deutschen Vizekanzler verhandelte Nagy auch mit Florian Toncar und Heiko Thoms, beide Staatssekretäre im Finanzministerium, über ein EU-Förderprogramm zur Verbreitung der Elektromobilität. Der Anteil von Elektroautos an den Neuwagenverkäufen in der EU ist innerhalb der letzten fünf Jahre von 1 Prozent auf knapp 15 Prozent gestiegen. Im selben Zeitraum wurden in Ungarn etwa zwei Dutzend Investitionen mit einem Volumen von 16 Mrd. Euro in dieser Branche durchgeführt. Rund ein Viertel der ungarischen Warenexporte belaufen sich auf PKW, Batterien oder Elektromotoren.



Der ungarische Wirtschaftsminister Márton Nagy (l.) mit dem deutschen Vizekanzler Robert Habeck (r.) zu Besuch im deutschen Wirtschaftsministerium in Berlin.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Weiteres Thema der Gespräche stellte auch in Berlin die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Budapests im zweiten Halbjahr 2024 dar. Die ungarische Delegation des Wirtschaftsministeriums verkündete, unter ihren Prioritäten werde jene die Wettbewerbsfähigkeit der EU ins Auge fassen, um im globalen Wettbewerb nicht weiter hinter die USA und China zurückzufallen. Ziel müsse eine einheitliche EU-Industriestrategie sein, die auch eine strengere Förderpolitik und eine zügig voranschreitende Digitalisierung beinhalte. Im Automobilssektor betonte Nagy die Offenheit Ungarns für einen offenen

Wettbewerb der Technologien und die Notwendigkeit einer Neubewertung der Klimaneutralität von Elektroautos.

Im weiteren Verlauf der Reise traf die Delegation in Berlin die Topmanager der deutschen Automobilindustrie (BMW, Audi, Mercedes-Benz, Verband der Automobilindustrie VDA). Man sei sich einig, dass Protektionismus keine Lösung für die Probleme der europäischen Wirtschaft biete. Strafzölle auf die Einfuhr chinesischer Elektroautos lehnte man geschlossen ab, so übrigens auch der Standpunkt der deutschen Regierung. Elektroautos seien die Zukunft Europas. Der deutsch-ungarischen Zusammenarbeit im Automobilssektor komme hier eine Schlüsselrolle zu. „Für unsere Wirtschaft ist es lebensnotwendig, dass der Übergang zur Elektromobilität möglichst schnell gelingt und es auf diesem Weg keine Rückschläge gibt“, erklärte Nagy nach seiner Rückkehr aus Berlin in Debrecen.

Parlament begeht Holocaust-Gedenktag

Am 16. April beging Ungarn den Gedenktag für die ungarischen Opfer des Holocaust, der sich 2024 zum 80. Mal jährte. Der Gedenktag erinnert an die Schrecken und Verbrechen des Holocaust in Ungarn, beginnend mit dem 16. April 1944. An diesem Tag wurden die ersten Juden durch die ungarischen Behörden in Transkarpatien (heutige Karpatenukraine) in den Ghettos eingesperrt. Fast jeder zehnte der 6 Mio. Holocaust-Opfer war Ungar. Der Gedenktag wurde zu ihrer Erinnerung im Jahr 2000 von der ersten Orbán-Regierung ins Leben gerufen. Im Parlament wurde dem Tag gemeinsam mit den Vertretern des ungarischen jüdischen Lebens sowie Israels gedacht. Staatspräsident Tamás Sulyok hielt eine große Rede.

In dieser wies er darauf hin, dass sich die Menschen immer wieder mit ihrer Vergangenheit konfrontieren müssten. Nur so werde eine respektvolle, angemessene und aufrichtige Erinnerung an die Landsleute möglich, welche zu Opfern des Verbrechens wurden, an die mehreren hunderttausend jüdischen Mitbürger, die „aus unserer Mitte gerissen wurden“. Im „unverrückbaren Glauben an die Unantastbarkeit der Menschenwürde“ sei dieser Gedenktag ein Fingerzeig in die Vergangenheit und Zukunft gleichermaßen: „Kein Mensch hat das Recht, gleich ob religiös motiviert, aufgrund seiner Herkunft oder seiner Ideologie, über das Leben eines anderen zu urteilen, keine Gemeinschaft darf sich über die andere stellen.“ Nie wieder dürfe der Geist der Unmenschlichkeit auch nur erneut aufkeimen. Sulyok, der 12 Jahre nach dem Holocaust geboren wurde, stellte auch persönliche Bezüge zu seiner Kindheit her, als in der damaligen Generation seiner Eltern ein großes Schweigen über die Verbrechen des Nationalsozialismus gehüllt worden war. Auch seinem Vater, der Zeit seines Lebens über diese Periode geschwiegen hatte, war durch Historiker jüngst eine Mittäterschaft aufgedeckt worden. Zwar könne Sulyok ihn über diese „neuen Wahrheiten“ nicht mehr befragen, da er seit 40 Jahren tot sei, aber „ich stehe zu meiner persönlichen Vergangenheit und senke in diesem Wissen mein Haupt vor sämtlichen Opfern des Holocaust“.



Sämtliche Repräsentanten des jüdischen Lebens in Ungarn sowie der israelische Botschafter (l.) bei der Rede von Staatspräsident Sulyok (r. v.) auf der Gedenkveranstaltung im ungarischen Parlament.

Quelle: Tamás Sulyok via Facebook

Israels Staatspräsident Jitzchak Herzog sandte eine Videobotschaft an die Ungarische Nationalversammlung, in der er den Holocaust als „dunkelstes Kapitel der Weltgeschichte“ bezeichnete. Auch der Vorsitzende des Dachverbands der Jüdischen Gemeinschaft in Ungarn (Mazsihisz), Andor Grósz, mahnte vor den Teilnehmern der parlamentarischen Gedenkstunde die heutigen Generationen, auch wenn sie persönlich nicht mehr verantwortlich seien, dennoch Verantwortung dafür zu übernehmen, dass derartige Verbrechen sich nie wieder wiederholen würden. Israels Botschafter in Ungarn, Yakov Hadas-Handelsman, gedachte der Schlüsselrolle der jüdischen Ungarn, die auch damals in Politik, Wirtschaft und Kultur aufs Engste in die ungarische Gesellschaft integriert gewesen waren und sich eingebracht hatten.

Auch heute nimmt das jüdische Leben in Ungarn noch eine zentrale Rolle in der Gesellschaft ein. Ungarn zählt die drittgrößte jüdische Gemeinde Europas nach Deutschland und Frankreich sowie die größte Gemeinde im Osten Europas. Der jährliche Gedenktag soll ein Baustein in der Vielfalt jüdischen Lebens in Ungarn und der politischen Wertschätzung seiner integralen Rolle für das Land sein.

Aufbruch in Brüssel – Eklat um politisches Verbot konservativer Konferenz

In einem Eilurteil hob der Conseil d'État, das höchste Verwaltungsgericht Belgiens in der Nacht vom 16. auf den 17. April das politische Verbot der sogenannten Konferenz für nationalen Konservatismus (NatCon) auf. Was war passiert?

Die konservative politische Konferenz, die unter anderem seitens der ungarischen Veranstaltungspartner durch das Mathias Corvinus Collegium (MCC) unterstützt wurde, sollte am 16. bis 17. April 2024 in Brüssel stattfinden. Thema der Tagung sollte laut eigenen

Angaben die „Bewahrung des Nationalstaates innerhalb Europas“ darstellen. Als prominente Gäste waren unter anderem die britische Innenministerin a. D., Suella Braverman MP, das ehemalige politische Gesicht der Brexit-Bewegung, Nigel Farage, der ehemalige polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán geladen.

Am Dienstag, den 16. April, wurde die Veranstaltung jedoch kurzfristig vom Bürgermeister des betreffenden Brüsseler Stadtteils verboten, der zur Begründung seiner Exekutiventscheidung auf mögliche gewalttätige Gegendemonstranten hinwies, da die Veranstaltung „ethisch konservativ“ sowie implizit „euroskeptisch“ sei und einige Redner „als Traditionalisten gelten“, dabei allerdings keinen Hehl daraus machte, dass er die „Verfechter rechtsextremen Gedankenguts“ verurteile und der Ansicht sei, dass sie in seinem Stadtteil „nicht willkommen“ seien. Darauf lies er die Veranstaltung um 12 Uhr von der Polizei abbrechen, die den Veranstaltungsort umstellte und den Zutritt jeglicher Personen verhinderte.

Gegen diesen Eingriff gegen die Versammlungsfreiheit klagte das Brüsseler Büro des MCC mithilfe der Menschenrechts-NGO ADF International vor dem höchsten belgischen Verwaltungsgericht in einem Eilantrag, dem noch in der Nacht stattgegeben wurde. Die Konferenz dürfe nicht verboten werden. Das Recht auf Versammlungsfreiheit sei in Artikel 26 der belgischen Verfassung verankert. Der Bürgermeister habe zwar das Recht, in „schwerwiegenden Fällen“, „bei Störung des öffentlichen Friedens oder anderen unvorhergesehenen Ereignissen“ eine Demonstration zu verbieten, aber in diesem Fall reiche die Androhung von Gewalt nicht aus, da, wie das Gericht feststellte, der Kongress selbst keine derartige Friedensstörung zu verursachen drohe. Eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung allein aus den potenziellen Reaktionen abzuleiten, die eine Veranstaltung bei den Gegnern hervorrufen könnte, sei unzulässig.

Schon vor der Gerichtsentscheidung hatte der belgische Premierminister Alexander de Croo das Handeln der Brüsseler Behörden via X verurteilt: „Was heute im Claridge passiert ist, ist inakzeptabel. Die Gemeindeautonomie ist ein Eckpfeiler unserer Demokratie, kann aber niemals die belgische Verfassung außer Kraft setzen, die seit 1830 die Rede- und Versammlungsfreiheit garantiert. Das Verbot politischer Versammlungen ist verfassungswidrig. Punkt.“ Auch die Regierungschefs Italiens und Großbritanniens kritisierten das Vorgehen der Behörden und stellten sich hinter die Versammlungsfreiheit.

Paul Coleman, der leitende Anwalt und Geschäftsführer von ADF International übte ebenfalls scharfe Kritik: „[...] was gestern geschah, ist nichtsdestotrotz ein dunkler Fleck in der Geschichte der europäischen Demokratie. Kein Amtsträger sollte die Macht haben, eine freie und friedliche Versammlung zu unterbinden, nur weil er mit dem, was gesagt wird, nicht einverstanden ist. Die Art von autoritärer Zensur, die wir gerade erlebt haben, gehört zu den schlimmsten Kapiteln der europäischen Geschichte. Glücklicherweise hat der Gerichtshof schnell gehandelt [...].“

Bereits im Vorfeld des Verbots war die Konferenz nach politischem Druck in zwei weiteren Stadtteilen aus zwei vorherigen vorläufigen Veranstaltungsorten verbannt worden. Ungeachtet des letztlich positiven Gerichtsurteils dürfte dieses unglückliche exekutive Vorgehen gegen vermeintlich „politisch Unerwünschte“ ein schlechtes Licht auf die Agenda

und Motivation der Brüsseler Behörden werfen und das Misstrauen und die Polarisierung der europäischen Gesellschaft nur weiter nachhaltig vertiefen.

Energieabkommen und 75 Jahre NATO – Nachrichten aus der Außenpolitik

Dreiländerabkommen über gemeinsame Strombörse zwischen Serbien, Slowenien und Ungarn geschlossen

Anfang April gelangte ein wegweisendes Energieabkommen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten Slowenien und Ungarn sowie dem EU-Partnerland Serbien zur Unterzeichnung, welches eine gemeinsame Strombörse zwischen den drei Vertragspartnern vorsieht, wie Außenminister Péter Szijjártó auf der anschließenden Pressekonferenz in Budapest sowie in seinem offiziellen Videostatement vom 9. April via Facebook bekanntgab. Der gemeinsame Stromaustausch soll demzufolge in der zweiten Jahreshälfte in Betrieb genommen werden, was zur Versorgungssicherheit der beteiligten Parteien erheblich beitragen könnte. Die Unterzeichnung des sogenannten BlueSky-Projekts fand mit dem serbischen Staatssekretär für Energie, Veljko Kovacevic, und dem slowenischen Energieminister, Bojan Kumer, statt und markiert den Höhepunkt eines langjährigen und oft erfolglosen Bemühens um die Etablierung eines gemeinsamen Stromaustauschs in der Region.

„Einerseits wird dies die Versorgungssicherheit verbessern und den Stromhandel zwischen unseren Ländern schnell und ungehindert machen, und natürlich werden die Preise günstiger sein, da es sich um einen größeren Markt und größere Mengen handeln wird“, so Szijjártó. Weiter: „Dieser organisierte regionale Stromaustausch wird [...] der mitteleuropäischen Region die Möglichkeit geben, eine Vorreiterrolle zu spielen und ein Beispiel für die Energieintegration in ganz Europa zu geben. Und vergessen wir nicht, dass es sich um eine Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten und einem EU-Beitrittskandidaten handelt, so dass wir einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Energieintegration der westlichen Balkanregion in die Europäische Union gemacht haben.“

Der Außenminister begrüßte die Tatsache, dass auch die Deutsch-Französische Energieplattform sich hinter diese Initiative gestellt habe und die zeitgemäße Modernisierung des Betriebs für die Netzbetreiber sicherstellen werde. Im Weiteren hob er hervor, dass die Kernenergie für Ungarn aufgrund seiner geographischen Lage und Begebenheiten die effizienteste Möglichkeit sei, die ungarische Stromversorgung zu gewährleisten, weshalb die Regierung beschlossen habe, die Kapazität zu erweitern. Bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts plane man etwas mehr als eine Verdopplung von 2.000 auf 4.400 Megawatt. „Darüber hinaus hat sich unsere Solarkapazität in den letzten fünf Jahren auf 5.600 Megawatt verachtfacht“, fügte er hinzu. So werde der Bedarf an Netzausbau in Ungarn größer sein als je zuvor – in ganz Mitteleuropa solle er bis 2030 um 50 Prozent steigen – und die Entwicklung grenzüberschreitender Stromkapazitäten und regionaler Zusammenarbeit werde auch angesichts der geopolitischen Bedrohungslage besondere Bedeutung einnehmen. Eine stabile Energieversorgung sei also eine Frage der nationalen und wirtschaftlichen Sicherheit: „Wir können und wollen nicht isoliert agieren und sind daher auf unsere Partner angewiesen. Wir wissen, dass die Energieversorgung eines Landes ernsthafte Probleme für andere Länder mit sich bringen kann.“

75 Jahre NATO-Festakt in Brüssel

In der ersten Aprilwoche reiste der ungarische Außenminister Szijjártó nach Brüssel, wo er am Festakt zu 75 Jahren nordatlantischer Verteidigungsgemeinschaft teilnahm. Ungarn sei ein stolzes und zuverlässiges Mitglied der NATO und sei auch künftig bereit, zur Sicherheit der transatlantischen Gemeinschaft beizutragen. Der eigene NATO-Beitritt vor 25 Jahren im Jahr 1999 habe die ungarische Sehnsucht nach und den Kampf um Freiheit und Souveränität gekrönt. In der Frage um die Nachfolge des bisherigen NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg sprach Ungarn seine Unterstützung für den rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis aus: „In der Geschichte der NATO haben die Mitgliedstaaten Mittelosteuropas noch nie einen Generalsekretär gestellt. Es wäre nun an der Zeit, zumal die größte Sicherheitsbedrohung heute aus dem Osten kommt.“ Der von der Mehrheit favorisierte niederländische Gegenkandidat Mark Rutte hingegen wird seitens Budapests abgelehnt. Dies wurde mit folgendem Argument begründet: „Als Verteidigungsbündnis verlangt die NATO ein Höchstmaß an Vertrauen in die Führungspersonen. Wir können unser Vertrauen nicht in einen Mann setzen, der als Ministerpräsident Ungarn in die Knie zwingen wollte.“

Investition in spanischen Produzenten für Hochgeschwindigkeitszüge und Streit mit Einzelhandelskette um Sondersteuer – Neuigkeiten aus der Wirtschaft

Ungarn investiert in spanischen Bahnkonstrukteur

Die ungarische Ganz-Mavag-Gruppe, ein Joint Venture zwischen dem staatlichen ungarischen Unternehmen Magyar Vagon und dem Staat, ist ihrem Ziel, den spanischen Hersteller von Hochgeschwindigkeitszügen Talgo zu übernehmen, ein Stück nähergekommen, da die spanische Regierung mit ihrem Versuch, einen alternativen Käufer anzulocken, scheiterte. Ziel der Übernahme sei es, Synergien zwischen den Unternehmen zu schaffen und ihre Präsenz auf europäischen und internationalen Märkten weiter auszubauen.

Bereits am 7. März 2024 hatte die Ganz-Mavag-Gruppe ihr Übernahmeangebot von 619 Mio. Euro für 100 Prozent der Talgo-Aktien bei der spanischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde eingereicht. Während der Vorstand des spanischen Bahntechnikunternehmens von einem attraktiven Angebot seitens der ungarischen Investoren sprach, sorgte das Übernahmeangebot bei der sozialistischen Sánchez-Regierung für Unmut. In Madrid gilt das Unternehmen als strategisch wichtig und die spanische Regierung kündigte an, eine Übernahme durch die ungarische Ganz-Mavag verhindern oder einen besseren Käufer finden zu wollen. Als Begründung für die Skepsis wurde die Verbindung der Ganz-Mavag zum ungarischen Staat sowie eine mögliche Verbindung zu russischen Investoren angegeben.

Die Bemühungen der spanischen Regierung, einen alternativen Käufer aufzutreiben, scheinen wiederum keine Früchte getragen zu haben. Sowohl die spanische CAF als auch das Schweizer Unternehmen Stadler haben Berichten zufolge die Offerte der Regierung bereits abgelehnt – auch die französische Alstom und die deutsche Siemens zeigten wohl kein Interesse.

Das Unternehmensregister des ungarischen Unternehmens ergibt tatsächlich eine Verbindung zu Russland, doch die russischen Investoren verkauften ihre Anteile bereits Ende Juni 2022, nach Beginn des Ukrainekrieges, an die ungarische Magyar Vagon Befektetési Vagyonkezelő

Zrt. Damit ist das als strategisch angesehene ungarische Eisenbahnunternehmen Dunakeszi Járműjavító Kft. wieder zu einem vollständig in ungarischem Besitz befindlichen Unternehmen geworden.

Die Übernahme könnte für beide Unternehmen neue Möglichkeiten bieten. Die ungarischen Investoren würden gerne auf das technische Know-how des spanischen Eisenbahnherstellers zurückgreifen, ist es doch ein erklärtes Ziel der ungarischen Regierung, die heimische Zugproduktion auszubauen und auf ein neues Niveau zu heben. Talgo wiederum könnte von den zusätzlichen Produktionskapazitäten der ungarischen Partner in Dunakeszi und Szolnok profitieren und dadurch in die Lage versetzt werden, ein größeres Auftragsvolumen zu erfüllen. Durch die gefüllten Auftragsbücher der Spanier dürften ferner auch die Ungarn von einer Partnerschaft profitieren, da hierzulande ein größerer Auftrag von 1.350 Eisenbahnwaggonen für die Ägyptische Eisenbahn im Wert von mehr als 1 Mrd. Euro in Bälde auslaufen wird.

Ungarische Regierung im Konflikt mit Supermarktkette SPAR

Die ungarische Regierung kündigte an, den österreichischen Supermarktketten SPAR anzudeuten, so die Verlautbarung von Wirtschaftsminister Márton Nagy Anfang April. „Es führt kein Weg an rechtlichen Schritten vorbei“, so Nagy wörtlich. Es habe unbegründete, beleidigende Vorwürfe auf mehreren Ebenen gegeben. Anlass des Streits bildete ein Interview des Vorstandsvorsitzenden von SPAR, Hans Reisch, welcher schwere Anschuldigungen erhoben hatte, die ungarische Regierung würde Druck auf das Unternehmen ausüben, ihr eine Unternehmensbeteiligung abzugeben. Gegen die ungarische Einzelhandels-Sondersteuer hätte man Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht. Nagy reagierte auf diese Vorwürfe, indem er verlautbarte, dass SPAR verlustreich wirtschaftete und seiner Meinung nach mit einem solch tiefen Verlust nicht in Ungarn bleiben werde. Die Sondersteuer plane man nicht zurückzuziehen.

Bei der betreffenden Steuer handelt es sich um eine im Jahr 2022 eingeführte, ursprünglich für die Jahre 2022 und 2023 gültige Sondersteuer auf Übergewinne für acht Sektoren (Banken, Versicherungen, Energie, Einzelhandel, Telekommunikation, Fluggesellschaften, Pharmahändler sowie Werbebranche). Erhoben wird die Steuer zum Zwecke der Finanzierung eines neuen Fonds für Energiesicherheit und Landesverteidigung, welcher als Konsequenz auf den russischen Überfall auf die Ukraine und seine Folgen, ins Leben gerufen wurde. Im konkreten Fall des Einzelhandels wurden die beiden Spitzensätze der bereits bestehenden regulären Einzelhandelssteuer von 2,7 auf 4,1 bzw. von 0,4 auf 1 Prozent angehoben. Im Mai 2023 wurde der Höchstsatz (ab einem Übergewinn von 100 Mrd. Forint) noch einmal auf 4,5 Prozent erhöht. Anfang April wurde berichtet, dass die Regierung voraussichtlich nicht plane, die Sondersteuer in nächster Zeit zurückzunehmen. Auch im Haushalt für 2025 könne sie demnach einen großen Posten darstellen. Mit ihrer Hilfe werden unter anderem die Energiepreissenkungen für die ungarischen Haushalte finanziert. Ferner könnte sie in Zukunft auch als Anreizmittel für Investitionsförderungs politik multinationaler Konzerne genutzt werden, so Wirtschaftsexperten. Im Gegenzug für große Investitionsprojekte im Land, könnten vorübergehende Steuersenkungen in einzelnen Sektoren ausgehandelt werden. Auch SPAR habe die ungarische Regierung laut Vorstandsvorsitzendem Reisch eine staatliche Beteiligung im Gegenzug für eine Senkung der Sondersteuer angeboten, was das Wirtschaftsministerium zurückwies (s. oben).

Dies ist eine schlechte Nachricht für SPAR, welches aufgrund der Extra-Steuer ohnehin bereits mit der Regierung auf Kriegsfuß stand und nun ankündigte, nach Brüssel zu ziehen. Seine Chancen mit diesem Zug dürften jedoch fraglich aussehen. Bisher hat die Sondersteuer, die bereits in den Jahren 2010 bis 2012 angewandt worden war, jedes Mal den Test der Rechtsstaatlichkeit bestanden – im Übrigen auch seitens des EuGH, so bpsw. in den Urteilen Kommission vs. Polen bzw. Kommission vs. Ungarn –, zumal es inzwischen international üblich geworden ist, verschiedene Branchen zu besteuern. Wie aber die anstehende Klage nun seitens der europäischen Institutionen bewertet werden wird und welche genauen rechtlichen Schritte Ungarn einleiten wird, steht in jedem Fall aus.

Neues aus der ungarischen Innenpolitik und Gesellschaft

Mehr Geld für die Polizei

Am 12. April fand der alljährliche Tag der Kriminalprävention statt, anlässlich dessen sich der Parlamentarische Staatssekretär des Innenministeriums zum Zustand der inneren Sicherheit äußerte und die großen Erfolge der letzten zehn Jahre hervorhob. Um rund zwei Drittel seien die Straftaten im letzten Jahrzehnt zurückgegangen, dadurch sei Ungarn zu einem der sichersten Länder Europas geworden. Dazu beigetragen habe nicht unwesentlich der weitreichende Ausbau der inländischen Strafverfolgung. 1.300 Mrd. Forint (ca. 3,3 Mrd. Euro) sollen den Polizeikräften in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden, rund dreimal so viel wie es noch 2010 war. Dadurch sei die Zahl des polizeilich beschäftigten Personals im letzten Jahrzehnt um rund 3.000 gestiegen, was in Kombination mit einem im europäischen Vergleich besonders strengen Strafgesetzbuch zu besonders positiven Resultaten führe. So sei Ungarn eines der sichersten Länder Europas; auch wenn die Orbán-Regierung für ihre strengen Standpunkte in der Strafverfolgung regelmäßig durch europäische Mainstreammedien attackiert wird.

Erstes „intelligentes“ Hightech-Hochsicherheitsgefängnis in Csenger

Ende September wird in der Ortschaft Csenger im Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg die bisher größte und modernste Strafvollzugsanstalt des Landes übergeben. Auf einer Fläche von 5,5 Hektar entsteht ein „smartes“, KI-unterstütztes Hochsicherheitsgefängnis mit einer Kapazität von 1.500 Gefangenen. Die Investition kostete 50 Mrd. Forint (ca. 130 Mio. Euro). Die Gefängnistüren der Einrichtung werden laut Plan schlüssellos funktionieren, auf der Anlage wird es eine Gesichtserkennung geben. Mittels KI soll jeder Schritt der Insassen überwacht, ihr Verhalten und ihre Mimik analysiert werden. Der zuständige Leiter der ungarische Datenschutzbehörde NAIH mahnte allerdings bereits an, dass angesichts der Benutzung solcher Instrumente eine Änderung des Datenschutzgesetzes unerlässlich sein werde. Ungarn stand aufgrund seiner Gefängnissituation seitens der EU schon länger in der Kritik, da die heimischen Anstalten eine Überbelegung mit einer Auslastung von knapp 142 Prozent verzeichnet hatten. Dieser Missstand war laut Innenministerium bis zum Ende des letzten Jahres mit der Nutzung sogenannter Container-Gefängnisse behoben worden. Als langfristige Lösung baut die Regierung neben Csenger noch fünf weitere Strafvollzugsanstalten in Békes, Heves, Komádi, Komló und Berettyóújfalu.

Verbot von Energy-Drinks für Minderjährige

Der Koalitionspartner der Fidesz, die Christdemokraten (KDNP), brachten im April ein neues Gesetzesvorhaben ein, welches den Verkauf und die Abgabe von Energy-Drinks an Personen unter 18 Jahren verbieten will. Die Antragsteller Lőrinc Nacsa und István Hollik begründeten ihr Vorhaben mit dem Jugend- und Gesundheitsschutz. In Ungarn habe der Konsum von Energy-Drinks unter Jugendlichen ein derartiges Ausmaß angenommen, dass es als besorgniserregend einzustufen sei: Beinahe vier von fünf Kindern und Jugendlichen konsumieren diese Getränke, darunter jedes fünfte Kind zwischen 10 und 14 Jahren bereits regelmäßig schon zum Frühstück. Dies stelle laut Experten ein ernstes Gesundheitsrisiko dar. Seit November 2011 verzeichneten die zuständigen Behörden rund 500 Berichte über Vorfälle, Krankheiten und schädliche Symptome im Zusammenhang mit dem Energy-Drink-Konsum. In der Mehrheit der Fälle musste das Gesundheitssystem in Anspruch genommen werden. Immer mehr Patienten müssten aufgrund einer Überdosis auch ins Krankenhaus eingeliefert werden. Auch die Europäische Gesellschaft für Kinderkardiologen warnt vor einem erheblichen Gesundheitsrisiko bei übermäßigem Konsum und fordert ein europaweites Verbot für Minderjährige. Den Zahlen zufolge sind drei von vier Betroffenen männlich, der Großteil zwischen 15-16 Jahren. Die täglich konsumierte Menge schwankte zwischen 0,1 bis stattlichen 2,5 Liter pro Person. 22 Prozent der Untersuchten konsumierten diese in Verbindung mit alkoholischen Getränken. Konsumort Nummer eins ist interessanterweise nicht etwa eine Kneipe oder ein Club (8 Prozent), sondern das eigene Zuhause (40 Prozent) und die Schule (23 Prozent). Hier wären Eltern und Lehrer stärker in der Pflicht. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würden der Verkauf und die Abgabe von Energy-Drinks an Minderjährige den gleichen Auflagen und Sanktionen unterliegen wie Alkohol, Tabakwaren und Sexualprodukte.

Halbe Milliarde für Digitalisierung an Schulen

Rund 200.000 weitere Notebooks sollen Grund- und Mittelschulen noch zusätzlich zur Verfügung gestellt werden – das kündigte der zuständige Staatssekretär im Innenministerium am Montag, den 22. April, auf einer Pressekonferenz in der ungarischen Hauptstadt an. Damit verdoppele sich die Anzahl der Schüler, welche nun mit moderner Technik lernen könnten, knapp auf insgesamt 450.000 Schüler. Das bereits mehrjährige Projekt ist Teil eines weitreichenden Modernisierungsprogramms, welches das Ziel verfolgt, langfristig das vernachlässigte ungarische Bildungssystem auf den neuesten Stand zu bringen. Neben digitalen Produkten wurden in den letzten zehn Jahren auch Schulbücher kostenlos zur Verfügung gestellt und insgesamt über 1.400 Mrd. Forint (ca. 3,6 Mrd. Euro) an Fördergeldern für 5.700 Schulen und Kindergärten ausgeschüttet, davon 200 Mrd. Forint (ca. 510 Mio. Euro) im Rahmen des Laptop-Projekts. Gleichzeitig werde die Regierung die Löhne von Pädagogen binnen vier Jahren um 93,5 Prozent erhöhen. Zu Jahresbeginn hatten sie bereits 32 Prozent erhalten, 2025 sollen weitere 21 folgen. Die Kosten für all dies stemme die ungarische Wirtschaft allein, da die EU-Gelder aus Brüssel weiterhin ausbleiben. Zwar lobte der Staatssekretär die ungarische Wirtschaft, welche es zustande bringe, trotz Krieg und Sanktionen solch umfangreiche Reformen zu stemmen, betonte jedoch auch, dass man weiterhin auf die Freigabe der Gelder vertraue.

Nobelpreisgeld an Universität Szeged

Am 16./17. April stattete Katalin Karikó, ungarische Nobelpreisträgerin des Jahres 2023 für ihren entscheidenden Beitrag zur Erfindung des mRNA-basierten Coronaimpfstoffes, ihrer Heimatuniversität Szeged einen Besuch ab. Der Anlass, wie sie bereits auf der

Preisverleihung im Dezember 2023 in Stockholm angekündigt hatte, sei es, der Universität, ihren Geldpreis im Wert von 500.000 Dollar zu stiften, welcher in Form eines jährlichen Universitätspreises an die nächste Generation weitergegeben werden solle. Diesen werde sie persönlich jedes Jahr jeweils einem Dozenten bzw. Forscher und einem Studenten überreichen. Karikó selbst wolle sich nun, nach einem Jahr, welches von zahlreichen Reisen geprägt gewesen sei, wieder der Forschung widmen. Eine Kopie ihres Nobelpreises lässt sich in Zukunft in einer neuen Dauerausstellung im Studien- und Informationszentrum ihrer Szegegener Alma Mater (SZTE) bestaunen, die sich dem Leben und Werk von Katalin Karikó widmet.

Ungarn ein Zuwanderungsland? – Neue statistische Daten zum Wanderungssaldo

Die neuesten Zahlen zur Ab- und Zuwanderung in Ungarn riefen ein widersprüchliches, gar konträres Medienecho im Lande hervor und verdeutlichten, wie unterschiedlich Statistiken in Abhängigkeit der eigenen politischen Couleur gelesen und interpretiert werden können. Während linksliberale und regierungskritische Medien betonten, dass im vergangenen Jahr so viele Ungarn ausgewandert seien wie noch nie, sprachen neutrale und regierungsfreundliche Medien von einem positiven Wanderungssaldo – Recht haben beide.

Konsultiert man die entsprechenden Statistiken des Zentralen Statistikbüros KSH (Központi Statisztikai Hivatal), wird ersichtlich, dass Ungarn in den frühen 2010er Jahren, getrieben durch die Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise, einen Anstieg der Emigration verzeichnete. Zwischen 2010 und 2015 stieg so die Zahl der jährlich Auswandernden von 7.318 auf 32.852. Zwischen 2015 und 2020 sank die Zahl der Auswanderer dann stetig ab auf 19.322 und erhöhte sich erst 2022 und 2023 wieder, begünstigt von den durch die Corona-Pandemie und den Ukrainekrieg entstandenen wirtschaftlichen Verwerfungen. Die Zahl der in Ungarn geborenen und nach Ungarn zurückkehrenden Staatsbürger wuchs seit 2010 ebenfalls jährlich an und stabilisierte sich ab 2017 im Bereich von 20.000-25.000 Personen. Im Jahr 2018 war der Saldo nahezu ausgeglichen und in den Folgejahren zwischen 2019 und 2021 kehrten mehr in Ungarn geborene Staatsbürger nach Ungarn zurück als durch die Emigration verlorengingen. Wenn diese Wanderungsbewegungen, im Zeitraum zwischen 2010-2023, gegeneinander aufgerechnet werden, wird ersichtlich, dass die Gruppe der Auswanderer 324.179 Personen, die der Rückkehrer hingegen nur 219.060 Personen umfasste – ein negativer Saldo von 105.119 Staatsbürgern. Ein anderes Bild zeichnet sich jedoch, wenn man die Zahl der im Land lebenden, aber im Ausland geborenen ungarischen Staatsbürger berücksichtigt. Deren Anteil erhöhte sich in absoluten Zahlen von 244.120 Personen im Jahre 2010 auf 429.585 Personen im Jahre 2023 – ein Anstieg um 185.465 Personen. Zuwanderer aus Rumänien, der Ukraine und Serbien, häufig Angehörige der dortigen ungarischen Diaspora, machen mit 191.975, 68.325 und 37.167 Personen die drei größten Anteile aus. Deutschland folgt mit einem Wert von 26.060 auf Platz vier.

Legt man den Anstieg der im Ausland geborenen Staatsbürger über den Migrationssaldo der in Ungarn geborenen Staatsbürger, verzeichnete Ungarn seit 2010 einen positiven Migrationssaldo von 80.346 Personen. Rechnet man die Anzahl der Nicht-Staatsbürger dazu, welche sich von 2010 bis 2023 von 197.819 auf 226.267 erhöhte, fielen der positive Wanderungssaldo mit einem Zuwachs von insgesamt 108.794 Personen noch deutlicher aus.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

MCC
MATHIAS CORVINUS COLLEGIUM

III.
DEUTSCH-UNGARISCHES SOMMERCAMP
FÜR ENGAGIERTE JUNGE ERWACHSENE

Wann?
von 13 / 08 / 2024
bis 17 / 08 / 2024

Wo?
Révfülöp, Balaton

Anmeldung mit Motivationsschreiben und Lebenslauf bis zum 9. Juni.
Weitere Informationen: deutsch-ungarisches-institut.hu

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. veranstalten nun schon zum dritten Mal das jährlich stattfindende „Sommercamp“ **am Balaton** und laden interessierte **junge Erwachsene zwischen 18 und 30 Jahren** aus beiden Ländern ein.

Das Camp findet vom **13. bis zum 17. August 2024** im Cholnoky Jenő Jugendhafen und Studentenlager des Mathias Corvinus Collegiums in **Révfülöp am Balaton / Plattensee** statt.

Ziel ist die Vertiefung der deutsch-ungarischen Beziehungen, die Förderung des Verständnisses des jeweils anderen Landes sowie der Ausbau der persönlichen Beziehungen. Im Rahmen des Programms werden interaktive Workshops und Vorträge sowie Diskussionen mit Experten über die deutsch-ungarische Freundschaft im gesamteuropäischen Kontext stattfinden. Die Sprache des Seminars ist Deutsch. Neben den Fachprogrammen wird selbstverständlich auch das gesellige Miteinander nicht zu kurz kommen. Unsere Tagungsstätte liegt direkt am See und es wird reichlich Möglichkeiten zum Segeln, Schwimmen und gemütlichen Beisammensein am Ufer des Balatons geben.

Da es eine begrenzte Zahl an Teilnehmern gibt, bitten wir um eine unverbindliche Anmeldung mit Lebenslauf und kurzem Motivationsschreiben bis zum 9. Juni unter: fodor.kinga@mcc.hu

Die Teilnahme am Sommercamp ist kostenlos, jedoch müssen die Kosten für die An- und Abreise selbst getragen werden.

Beachten Sie bitte, dass das Sommercamp in Abhängigkeit der Anmeldungen stattfinden wird. Sie erhalten eine baldmöglichste Rückmeldung.

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab September 2024 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab September 2024 **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Vom **2. bis 4. April 2024** war **Prof. Dr. Reinhard MEHRING**, Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, zu Gast am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit. Mehring gilt als einer der bedeutendsten, in den Augen vieler sogar der bedeutendste, Kenner Carl Schmitts und Schmitt-Forscher. Im Rahmen seines Aufenthaltes in Ungarn traf sich Mehring mit verschiedenen Fachvertretern und Experten. Am Mittwoch, den **3. April**, hielt Mehring seinen Vortrag mit dem Titel „**Carl Schmitt und Jürgen Habermas über die Verfassung Europas**“ in **Szeged**, gefolgt von einem Anschlussvortrag in **Budapest** am **4. April**. **Prof. Dr. Reinhard MERKEL**, Professor Emeritus für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg und Visiting Fellow des DUI, moderierte die beiden Veranstaltungen. Den Bericht zu der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am **11. April 2024** fand im Rahmen der ungarndeutschen Kulturwoche, des sogenannten **Wunderbar-Festivals** eine Veranstaltungsreihe für Schüler und Studenten statt. Das Projektangebot des DUI umfasste einen Kurs über ungarndeutsche Literatur und ein ungarndeutsches Tanzhaus. Nebenbei wurde der Tag von einer wissenschaftlichen **Fachtagung in Budapest und Budaörs zur Minderheitenpolitik** eingerahmt, welche vom **11. bis 13. April** dauerte und den Titel „**Brückenbauer – Grenz- und zeitüberschreitende Minderheitenfragen am Beispiel der deutschen Minderheit**“ trug. Organisiert wurde die Konferenz vom Jakob Bleyer Heimatmuseum in Zusammenarbeit mit dem DUI, dem Innenministerium des Freistaats Sachsen und der Universität Chemnitz. Die Veranstaltungsvideos finden Sie unter [folgendem Link](#), den Veranstaltungsbericht [hier](#).

Vom **11. bis 15. April 2024** war eine **Besuchsdelegation der Jungen Union Ludwigsburg** zu Gast in Budapest. Im Rahmen ihres Aufenthaltes unterstützte sie das DUI bei der Planung ihres Fachprogramms mit Expertengesprächen aus der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Am **11. April** wurde die Gruppe auch am DUI selbst empfangen, wo sie einen

Fachvortrag von Direktor **Bence BAUER** zum Thema der deutsch-ungarischen Beziehungen und bürgerlichen Politikgestaltung erhielt. Den ausführlichen Programmbericht finden Sie [hier](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Am **13. Mai 2024** wird das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. einen weiteren Vortrag der Reihe „**Deutschland und Ungarn im Gespräch**“ veranstalten. Das diesmalige Thema des Vortrags von Direktor **Bence BAUER** wird sich um die anstehenden „**Kommunal- und Europawahlen in Ungarn**“ drehen. Wie gewohnt wird die Veranstaltung online via Zoom stattfinden. Einen Link zur Einladung finden Sie online auf unserer [Webseite](#).

Am **14. Mai 2024** wird **Chaim NOLL**, deutsch-israelischer Schriftsteller und Journalist, einen Vortrag samt anschließender Podiumsdiskussion im **Budapester MCC Scruton Café** zum Thema „**Antisemitismus in Deutschland**“ halten. Obwohl sich die Zahl jüdischer Gemeinden in Westeuropa in den letzten 20 Jahren bedeutend verringert hat, lässt sich ein erschreckender Anstieg antisemitischer Übergriffe in selbigen Ländern feststellen. Die überwiegende Zahl dieser Straftaten geht von muslimischer Seite aus. Noll erörtert in seinem Vortrag den deutschen Fall, dessen wichtigste judenfeindliche politische Strömungen und fragt auch nach den Folgen und der Zukunft der Juden im Land. Den Anmeldelink finden Sie auf unserer [Homepage](#).



Am darauffolgenden Tag, dem **15. Mai 2024**, finden am **MCC Szeged** ein Vortrag von **Dr. Gerhard PAPKE**, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft, zum Thema „**Ein Land im Wandel: Welche Rolle wird Deutschland in Europa spielen?**“ statt. In diesem blickt er auf ein Land in der Mitte Europas am Scheideweg kurz vor den europaweiten Wahlen. Anmeldedetails finden Sie auf der Seite des MCC Szeged.

Auch der **16. Mai 2024** widmet sich den Europawahlen. **Ákos Bence GÁT**, Leiter für EU-Angelegenheiten des MCC Brüssel, und **Bence BAUER**, Direktor des DUI, werden im **MCC Pécs** eine Podiumsdiskussion zum Thema „**Die EU-Wahlen und Ungarn**“ führen. Die Veranstaltung wird in ungarischer Sprache stattfinden. Weitere Einzelheiten finden Sie auf der Seite des MCC Pécs.

Am **23. Mai 2024** erörtert **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Universität Chemnitz und ehemaliger Visiting Fellow des DUI, in seinem Vortrag am **MCC Békéscsaba** die „**Grundzüge des deutschen Konservatismus**“ und fragt sich ferner, was den heutigen modernen europäischen Konservatismus ausmacht und ob er eine Zukunft hat. Weitere Details finden Sie auf der Seite des MCC Békéscsaba.

Der **28. und 29. Mai 2024** beschließt unseren europapolitischen Monat mit einer Doppelveranstaltung am **MCC Zalaegerszeg** und am Folgetag am **MCC Szombathely**. Direktor **Bence BAUER** wird einen Vortrag zum Thema „**Lage und Debatten der deutschen Parteipolitik im Vorfeld der Europawahl**“ halten. Die Sprache der Veranstaltung ist Ungarisch. Einzelheiten finden Sie auf den Seiten des MCC Zalaegerszeg und Szombathely.

Am **29. Mai 2024** schließlich wird **Prof. Dr. Reinhard MERKEL**, Professor Emeritus für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Hamburg und Visiting Fellow des DUI, anlässlich des 300. Geburtstags des wohl größten deutschen Philosophen, Immanuel Kant, einen Vortrag mit dem Titel „**Kant 300 – Zum ewigen Frieden**“ am **MCC Budapest** halten. In seiner weltberühmten prägenden Altersschrift „Zum ewigen Frieden“ erörterte Kant 1795 anhand seiner Moralphilosophie, wie in der Politik ein dauerhafter Frieden zwischen den Staaten möglich wäre. Angesichts der derzeitigen weltpolitischen Herausforderungen scheint Kants Schrift so aktuell wie nie. Weitere Anmeldeinformationen finden Sie in Bälde auf unserer Webseite.

Veröffentlichungen

In ihrer Analyse „**Gute Medienreform, böse Medienreform**“ analysieren **Tristan CSAPLÁR & Alexander RASTHOFER**, Forschungskoordinatoren des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, die neuen, aufsehenerregenden Umwälzungen im Mediensystem Polens und der Slowakei infolge der Wahlen. Hierbei betten sie die Geschehnisse am Beispiel Ungarns in einen zeithistorischen, kritischen regionalen Kontext ein und kritisieren die doppelmoralische deutsche Presseberichterstattung mit zweierlei Maß in Abhängigkeit von parteipolitischen Präferenzen. Während die deutsche Presse nämlich in Polen sogar über die gänzliche Auflösung des ÖRR jubelt, hagelte es in Ungarn oder der Slowakei Empörung und Kritik. Der [Artikel](#) erschien am **12. April 2024** in der **Budapester Zeitung**.

In seinem Artikel „**Conservative Leadership in Germany and Hungary: Policy Suggestions from Hungary**“ fasst Direktor **Bence BAUER** die Unterschiede und Gemeinsamkeiten bürgerlicher Politik in Ungarn und Deutschland zusammen. Hierbei analysiert er insbesondere die Situation der CDU in Deutschland, aber auch ungarische politische Ansätze und stellt die Frage: Können Konservative in Deutschland und Ungarn eine gemeinsame Basis finden? Den Volltext, der ursprünglich in Bd. 4 Nr. 1 des Magazins **Hungarian Conservative** erschien, finden Sie als Online-Fassung vom **28. April 2024** [hier](#).

Besuchstipp



Alt trifft neu im Zsolnay-Kulturviertel: Die Gebäude des Pyrogranit-Hofs
(Quelle: Wikimedia Commons)

Wie bereits im letzten Monat entführt Sie unser diesmonatiger Programmtipp in den Süden Ungarns, ins frühlingshafte Fünfkirchen (Pécs). Dort wird vom 1. bis 2. Juni 2024 das alljährliche Zsolnay-Picknick im Zsolnay-Kulturviertel (Zsolnay Kulturális Negyed) stattfinden. Auf diesem ersten echten Frühlingsfest in Pécs können die Besucher an Picknicktischen im Park des Zsolnay-Viertels ein buntes kulturelles Programm bei gastronomischen Köstlichkeiten genießen. Das Zsolnay-Kulturviertel war die größte Investition im Rahmen des Projekts „Pécs2010 Kulturhauptstadt Europas“. Das Areal wurde innerhalb von zwei Jahren auf einem fünf Hektar großen Teil des Geländes der Zsolnay-Porzellanfabrik errichtet und damit neubelebt und gliedert sich in vier Teile. Das Kunsthandwerkerviertel beinhaltet unter anderem mehrere Kunstsammlungen und Kulturausstellungen, darunter die mehrfach preisgekrönte Ausstellung „Rosafarbenes Zsolnay“ (Rózsaszín Zsolnay) des Architekten Barnabás Winkler. Im Kreativviertel hingegen finden sich kulturelle Einrichtungen, Restaurants und Festivals. Das Kinder- und Familienviertel beherbergt das Planetarium, das neue Gebäude der Pécs-Galerie, in dem große internationale Veranstaltungen stattfinden können, und das erneuerte Bóbita-Puppentheater, während im Universitätsviertel mehrere Fakultäten und die neu gegründeten Fachbereiche der Universität Pécs untergebracht sind.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár, Philipp Sajthy, Kolja Diekmann

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu